

20. Juli 2009 12:12 Uhr

WARNSTREIK IN ST. BLASIEN

## Schmidt-Mitarbeiter fordern Gleichberechtigung

**Gut 70 Mitarbeiter der Firma Schmidt haben sich am Montagmorgen an einem Warnstreik beteiligt. Sie fordern einen Tarifvertrag und gleiche Arbeitsbedingungen für alle Angestellten.**

ST. BLASIEN. Derzeit sind einige Mitarbeiter bei der SWK (Schmidt Winterdienst und Kommunaltechnik GmbH) angestellt, andere in der Schmidt Holding, die nicht an den Tarifvertrag gebunden ist. Die SWK-Mitarbeiter werden eigenen Angaben zufolge unter Druck gesetzt, ebenfalls der Holding beizutreten. Dagegen wehren sie sich jetzt.

Unterstützung bekommen die Mitarbeiter zwar nicht vom eigenen Betriebsrat, dafür aber von Gewerkschaftsvertretern anderer Firmen. Unter anderem waren Vertreter der Bonndorfer Firma Dunkermotoren, von Zahoransky in Todtnau-Geschwend und der Aluminiumwerke Wutöschingen in St. Blasien, um den Schmidt-Mitarbeitern ihre Solidarität auszudrücken.



| Foto: Kathrin Blum

"Es ist gut zu wissen, dass wir nicht alleine sind, wenn uns der eigene Betriebsrat schon hängen lässt", sagt ein Mitarbeiter. Ein anderer fordert lautstark, Lohnerhöhungen, einen Tarifvertrag für alle und die Wahl eines neuen Betriebsrats. "Wir werden sehr unter Druck gesetzt, auf mich ist die Geschäftsführung schon mehrfach zugekommen um mich in die Holding zu zwingen", erklärt ein Mitarbeiter. Namentlich genannt werden möchte niemand – zu groß ist die Angst vor Sanktionen.

Kurzfristig hätte es für die Mitarbeiter Vorteile der Holding beizutreten, erklärt der Waldshuter IG-Metall Gewerkschaftssekretär Franz Ritter. So bekamen die Angestellten in der Holding Urlaubsgeld, die SWK-Mitarbeiter nicht. Langfristig hätten die nicht tarifgebundenen Arbeitsverträge aber wesentlich mehr Nachteile. "Die Bezahlung ist nicht an den Tarif gebunden, außerdem ist der Kündigungsschutz schlechter, es gibt keine Möglichkeit der Altersteilzeit und die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes entfällt ebenfalls, um nur einige zu nennen."

Betriebsratsvorsitzender Felix Haffner fühlt sich indes von der IG Metall in die Enge getrieben. Er findet, dass einige Forderungen der Gewerkschaft, etwa die 35-Stunden-Woche, in diesen Zeiten unvernünftig, teilweise gar utopisch sind. Er möchte für die Mitarbeiter in der Holding vernünftige Arbeitsbedingungen schaffen. "Ich lasse mich nicht

von der Gewerkschaft und auch nicht von der Geschäftsführung manipulieren", betont Haffner.

In die Tarifverhandlungen der SWK-Mitarbeiter mischt er sich nicht ein. Aus Betriebsratsicht hat die Gewerkschaft verpasst, gleich zu Anfang der Verhandlungsrunde den richtigen Ton zu finden um eine vernünftige Basis mit der neuem Geschäftsführung auszuarbeiten und beispielsweise die 38 Stunden Woche dauerhaft einzufrieren, "weil Hermann Spieß gedroht hat, mich vor Gericht zu bringen falls ich mich in die Lohn- und Gehaltsverhandlungen einmischen werde". Mittlerweile würde diese Auseinandersetzung unter der Gürtellinie ausgetragen. "Der IG-Metall-Chef beleidigt mich persönlich, er verbreitet Lügen oder nur Halbwahrheiten und schafft dadurch aggressive Stimmung in der Belegschaft", sagt Haffner.

Neu eingestellte Mitarbeiter und Auszubildende bekommen automatisch Verträge für die Holding, deshalb ist die Belegschaft gespalten. "Da arbeiten zwei Angestellte an derselben Maschine und erledigen die gleiche Arbeit, nur dass beide unterschiedliche Verträge und damit andere Arbeitsbedingungen haben", erklärt Franz Ritter und ergänzt: "Wir können uns nicht gefallen lassen, dass die Geschäftsführung ihre Mitarbeiter kollektiv erpresst." Die Auseinandersetzungen in der Firma Schmidt bezeichnet er mittlerweile als "Krieg auf allen Fronten".

"Wir sind 1 Schmidt" stand auf den großen Plakaten, die die Mitarbeiter vor dem Werkstor schwenkten. "Wir sind ein Unternehmen, deshalb wollen wir auch, dass alle Mitarbeiter gleich behandelt werden", sagte ein Angestellter und forderte ein Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft im Unternehmen.

Der Freiburger IG-Metall-Geschäftsführer Hermann Spieß kündigte an, dass diese Aktion nicht die letzte war, wenn die Geschäftsführung nicht reagiert. "Wir sind verhandlungsbereit, aber dafür muss der Arbeitgeber auch mit uns reden", fordert Spieß.

Autor: Kathrin Blum